

Tägliche Omaha Tribune

TRIBUNE PUBLISHING CO.; VAL J. PETER, President. 1311 Howard Str. Telephone: TEEB 340. Omaha, Nebraska.

Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post, per Jahr \$5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblatts: Bei strikter Vorausbezahlung, per Jahr \$1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Dienstag, den 7. August 1917.

Friedensgeläute.

Die New York Tribune brachte Freitag einen Sonderbericht ihres ansehnlich wohlinformierten Londoner Korrespondenten, der bedeutendsten Aufsehen erregt hat, weil er mit großer Bestimmtheit politische Umwälzungen in Großbritannien voraussagt und in der Person des jetzigen Ministers des Auswärtigen, H. J. Walfour, einen neuen Leiter der britischen Politik ankündigt, bezüglich dessen er in sehr vorsichtiger, aber doch nicht mißgünstiger Weise andeutet, daß er zum Anknüpfen von Friedensverhandlungen besser geeignet sei als Lord George. Die wichtigsten Stellen dieses Londoner Stimmungsberichts seien im Folgenden wiedergegeben:

Ein Mitglied des Parlaments erklärte mir heute (Donnerstag), daß vor der Vertagung zu Ende des Monats eine neuerliche Krisis zu erwarten wäre. Er ging sogar noch weiter und sagte, daß Arthur J. Walfour binnen zwei Monaten Premierminister sein würde. . . . Einer der gewichtigsten liberalen Staatsmänner machte die Bemerkung: „Wir müssen eine konservative Regierung haben, um Frieden zu machen, weil eine liberale Regierung den Krieg gemacht hat.“ Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß Staatsmänner nach und nach das Gebiet der freitragenden Punkte immer enger ziehen, soweit das mit der Ehre verträglich ist. Die Zeit des Proklamens und Nennens ist vorüber, und die Staatsmänner auf beiden Seiten versuchen dem Volke einen Einblick in den wahren Stand der Dinge zu geben. In den letzten zwei Monaten haben sich die Verhältnisse gründlich geändert, und die zukünftigen Ausrichtungen sind ganz andere geworden. . . . Von verschiedenen Seiten habe ich die Anregung gehört, daß gegenwärtig eine klar ausgesprochene Verbindung der amerikanischen Politik durch den Präsidenten eine starke Notwendigkeit ist. Er wird gedrängt, so bestimmt als möglich anzugeben, was Amerikas Ziele sind. Seine Stimme würde mehr als alle anderen Beachtung finden, und seine Erklärung würde sowohl bei den Mittelmächten, als auch bei der Entente Einfluß ausüben. Neben, in denen Staatsmänner für den Beginn des Krieges verantwortlich gehalten werden, interessieren das Volk nicht halb so viel als Befestigung der Bedingungen, unter welchen die Nation den Kampf ein Ende zu machen bereit ist.

Gleichzeitig mit dieser höchst bedeutsamen und den Anschein nach richtig beobachteten der Stimmung und Erörterungen in den politischen Kreisen der englischen Hauptstadt wurde aus London aus in einem Berichte über die militärische Lage an der Westfront die folgende bezeichnende Äußerung veröffentlicht: „. . . Die Schlacht wird die Entscheidung bringen. Darüber ist man sich in den Entente-Staatsmännern einig. Ihr Ergebnis wird entweder der schwerste Schlag gegen die deutsche Landwehr-Kampagne sein. . . . oder sie wird nur die Unmöglichkeit, an der Westfront eine Entscheidung herbeizuführen (die stolante an der westlichen Front), betätigen und den Weg zu einer anderen Wendung des Krieges als den durch Verhandlungen offen lassen. Das Friedensgerede, das jetzt in einigen Hauptstädten gehört wird, muß sich, wie man hier glaubt, nach der Entscheidung in Flandern richten. Dann erst, wie sie auch ausfallen wird, ist die Zeit für Frieden gekommen.“

Wenn der Londoner Korrespondent der New York Zeitung recht unterrichtet ist, und wirklich im Laufe der nächsten Wochen der Sturz des anscheinend unsüßbaren Kabinetts Lord George und dessen Ersetzung durch ein konservatives Ministerium unter Leitung Walfours erfolgen sollte, so würde das in Verbindung mit dem kürzlich erfolgten Kanzlerwechsel in Deutschland wirklich zu den weitestgehenden und friedenswünschenden Vermutungen Anlaß geben. Was den Wechsel im Kanzleramt betrifft, so haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß der neue Leiter der deutschen Politik sich mit der Friedensresolution des Reichstags vollständig einverstanden erklärt und dem Volke durch seine Vertreter im Parlament eine erneuerte Teilnahme an der Regierung zugesagt hat. Damit hat er der Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, einen ehrenhaften und dauernden Frieden abzuschließen, Ausdruck verliehen und zugleich der in Deutschland wie auch in allen anderen Ländern in unwiderstehlicher Weise begriffenen Friedensbewegung bedeutungsvolle Zugeständnisse gemacht.

In demselben Sinne ist auch die Ernennung Dr. Richard v. Kühlmann zum Minister des Auswärtigen anzufassen. Soweit das politische Glaubensbekenntnis des neuen Ministers bekannt ist, ist er ein abgeleiteter Feind des Bürokratismus, ein Mann von modernen Ideen und liberalen Anschauungen, daher in mancher Hinsicht ein Gegner des Programms der konservativen und alldeutschen Partei; außerdem soll er auch an verschiedenen industriellen Unternehmungen beteiligt und infolge dessen gegen alle Bestrebungen, den Krieg zwischen Deutschland und den Weststaaten zu erweitern, und zugunsten eines baldigen Friedensschlusses im Sinne der Reichstagsresolution sein. Eine weitere Bestätigung dieser Haltung der deutschen Regierung ist auch darin zu finden, daß die königliche Zeitung, die als ein halbamtliches Organ gilt, ohne irgend welchen Abschwächungsversuch eine Erklärung des ebenfalls halbamtlichen Wiener Fremdenblatts abdruckt, es habe aus zuverlässigen Quellen erfahren, Deutschland würde bereitwillig etwaige durch Wiener Vermittlung erfolgende Friedensverträge in Erwägung ziehen.

Sie auf diese Art der Wandel in den Friedensanschauungen der amtlichen Kreise Deutschlands, das seit jeher für seine Bundesgenossen das Wort geführt hat, zur Evidenz erwiesen, so läßt sich ein ähnlicher Umschlag auch hinsichtlich der Ansichten in den maßgebenden Kreisen Englands feststellen, das der Vorführer der Ententeemächte ist. Vorige Woche erklärte Lord Robert Cecil, daß eine Zurückbildung Oesterreich-Ungarns nicht zu Großbritanniens Kriegszielen gehöre, und nahm damit eine der Forderungen zurück, die in der Entente-Antwort auf Präsident Wilsons Ankündigung enthalten ist, nämlich daß eines der Ententeziele die „Befreiung der Italiener, der Slaven, der Rumänen und Tschechen von Fremdberrschaft“ sei, was nur noch einer Zurückbildung der Doppelmonarchie durchführbar wäre. In ähnlichem Sinne äußerte sich auch Sir Edward Carson in einer der Affigierten Briefe zur Veröffentlichung übergebenen Erklärung, daß England entschlossen sei, den Krieg fortzusetzen, bis die von ihm zu Beginn der Feindseligkeiten verkündeten Ziele erreicht seien, in denen zwar von Freiheit, Demokratie und den Rechten kleiner Nationen die Rede ist, nicht aber von Gebietsveränderungen usw.

Ungeachtet bedeutungsvoller für den Wechsel der Anschauungen im britischen Kabinete sind jedoch die anfängs dieser Woche im Parlamente gemachten Äußerungen Walfours, des jetzigen Ministers des Auswärtigen und des Mannes, der nach der Depesche an die New York Tribune als der Nachfolger Lord Georges gilt: „Wir traten in den Krieg nicht mit selbstlichen Absichten ein, sicherlich nicht mit imperialistischen Zielen oder, um Entschädigungen zu erlangen. Wir befanden uns daher in einer Lage, die von der irgend eines unserer Bundesgenossen verschieden war.“

Deutscher konnte Herr Walfour den Bundesgenossen Englands nicht sagen, daß eine Fortsetzung des Krieges, bloß um Gebietsveränderungen oder Kriegsentwicklungen zu erlangen, nicht auf den Bestand Großbritanniens gäbe. Weshalb der Anspruch Italiens, Rumaniens und Serbiens auf Gebietsveränderungen lassen die Worte Lord Cecils keine solchen Hoffnungen zu; Ausland hat selber alle Ansprüche auf Konstantinopel und Armenien aufgegeben, und es bliebe als das einzige strittige Objekt, als das einzige Friedenshindernis nur noch Elsch-Losbringen übrig, das Frankreich unter allen Umständen zurückzugeben entschlossen ist. Wiewohl Walfour aus leicht verständlichen Gründen in diesem Punkte sich sehr vorsichtig ausdrückt, so gibt er doch bezüglich der beiden Provinzen Frankreich ebenfalls einen nicht gut zu missdeutenden Hinweis, indem er sagt, daß falls Frankreich es verlangen sollte, Großbritannien nicht unwillig fände, dem Bundesgenossen zu helfen, den Status quo vor dem Kriege 1870-71 wiederherzustellen. Eine Zusage, aber eine stark bedingte und in der Hoffnung gegeben, daß die Bedingung nicht gestellt werden werde!

Spricht so der kommende Mann in England (die Juterlässigkeit der Information des Tribune-Korrespondenten immer vorausgesetzt), so darf man sich wohl der Hoffnung hingeben, daß die größten Hindernisse für Anknüpfung der Friedensverhandlungen aus dem Wege geräumt sind, und daß das Ende des furchtbaren Ringens zumeist davon abhängt, ob

und wie bald eine der Parteien den hohen Mut findet, die Hand der Veröhnung auszustrecken.

Grabrede für das alte Europa!

(Von dem französischen Dichter Malland in der Pariser Zeitschrift „Bonnet Rouge“.)

„Hört, ihr Europäer! Ihr haltet Euch die Ohren zu. So hört in Euch selbst hinein. Wer ist nicht schuldig unter uns? Wer von uns hat das Recht, das Blut des ermordeten Europas von seinen Händen zu waschen? Jeder gesteht seinen Fehler ein und trachte, ihn zu sühnen. Die beherrschende Katastrophe ist: Europa ist nicht frei. Die Stimme der Völker ist erstickt. In der Weltgeschichte werden diese Jahre als die der großen Knechtschaft bleiben. Eine Hälfte Europas beklämpft die andere um die Freiheit. . . . Für diesen Kampf vergifteten beide Hälften auf die Freiheit. . . . Die Faust, die die Kette hält, ist die Plutokratie und seiner Bande. Er ist der wahre Meister, der wahre Staatschef. . . . Die Völker, die sich opfern, sterben für Ideen. Aber die, die sie als Opfer hinschlachten, leben für Interessen. Einige tausend privilegierte jeder Rasse und Klasse: Großgrundbesitzer, Parkbesitzer, Junker, Seerescheiteranten, Akteure der Finanz und der Großindustrie, Könige ohne Titel und Verantwortung, in der Sklaverei verhaftet, von einem Schwarz Parasiten umgeben, wissen zu ihrem eigenen schmutzigen Profit mit allen guten und schlechten Instinkten der Menschheit zu spielen—mit ihrem Ehrgeiz und Stolz, Groll und Haß, wie mit ihrem Opferdrang und Geldvermögen und ihrem unversiegbaren Glauben. . . . Den Krieg aufhalten, wer kann das heute? Wer kann die losgelassene Bestie wieder in ihren Käfig zurückbringen? Nicht einmal die, die sie losgelassen haben — diese Tierdämonen, die wohl wissen, daß sie beim Versuch selbst verschlungen werden. Wenn dieser Krieg nicht als erste Frucht eine soziale Erneuerung aller Nationen bringt, — dann Europa, Königin des Gedankens, Führerin der Menschheit, lebe wohl! Tu hast deinen Weg verloren, es geht zum Friedhof! Dort ist dein Platz! Dort lege dich nieder! Andere sollen die Welt führen!“

Volltreffer!

Aus Philadelphia wird das Urteil eines aufrichtigen Freundes der Deutschen unter den amerikanischen Gelehrten, des Professors Marion D. Earnead, berichtet. Er war einer der wenigen Amerikaner seines angesehenen Standes, bei denen der Krieg keinen „automatischen Gefühlswechsel“ hervorrief, die es nicht nötig gefunden haben, ihr edles Amerikanertum auf den Viehhof einer fanatischen Gelehrtschmähung der besten Quellen in ree Gelehrsamkeit zu stellen. Er ist sich immer gleich geblieben als aufrichtiger Freund des deutschen Volkes und Verehrer deutschen Wissens. (Volksblatt und Volksfreund.)

Erntemobilisierung erfordert Geld!

Anherordentliche Ansprüche an die Banken des Landes werden gegenwärtig allerorts gestellt.

Washington, 6. August. — Die größte Geldaufbringungskampagne, welche die Vereinigten Staaten je gesehen, kommt nach und nach in Schwung. Bei dem niedrigen Geldstand des Schatzkassens hat sich Sekretär McMillan bereits gezwungen gesehen, Schatzkassens-Zertifikate in der Höhe von \$300,000,000 zum mindesten zehn Tage früher, als ursprünglich beabsichtigt gewesen, auf den Markt zu bringen und beständig erhöhte Forderungen für Geld treten an die Regierung heran.

Zu dieser Situation kommt noch die Mobilisierung der Ernte. Bei den jetzigen hohen Arbeitspreisen, bei den Bahnfrachtraten auf einer Höhe, welche den Gesellschaften bedeutend höhere Einnahmen sichern, als vor einem Jahr, wenn ihnen auch der nachgelagerte Aufschlag von fünfzehn Prozent nicht bewilligt wurde, dazu beinahe jedes andere Element des kommerziellen Systems in einer Aera unerbör hoher Preise involviert, wird sich das Volk bald in einem veritablen Moelstrom öffentlicher privater Finanzierung sehen.

Als die erste Ausgabung der zwei Milliarden Freiheitsanleihe entrichtret wurde, sahen sich die Banken des Landes keine besonders dringenden Forderungen des Handels und der Industrie gegenüber. Jetzt aber steht sich das Land der Erntemobilisierung gegenüber, wenn die Banken von Privat-Interessen angegangen werden, Millionen von Dollars flüssig zu machen.

Es wird zwar in Washington nicht bezweifelt, daß die Regierung und das Volk sich der Situation gewachsen zeigen werden, aber man ist sich bewußt, daß die Leistungen der nächsten Zeit eine interessante Probe der finanziellen Fähigkeiten des amerikanischen Volkes unter äußerster erschwerten Umständen darstellen dürften. Schritte werden denn auch bereits getan, um der Situation zu begegnen. Senator Owen und Kongreß-Abgeordneter Fisher haben bereits in den beiden Häusern des Kongresses Vorlagen eingereicht, die auf eine Amendierung der Bundes-Wehrverfassung abzielen und die Konzeption ermächtigen würden, die Bestimmung zu suspendieren, unter welcher die National-Banken und Banken des Bundes-Reserve-Systems nicht gestattet ist, einer Firma oder einer Person mehr als zehn Prozent des Betriebskapitals und des Ueberflusses des vorliegenden Finanz-Instituts zu leihen. Der Zweck der Aufhebung dieser Beschränkung ist es, die Banken zu ermöglichen, die Erntebewegung für Farmer mit großer Ernten und für Gesellschaften, welche für die Frucht und andere Unkosten aufkommen, finanzieren zu können. Unter der Bestimmung dieser Bill gelten die Lebensversicherung als solche als Sichert für betrieblige Anleihen.

Frau Dr. Shaw's Raschlag.

Frau Dr. Anna Howard Shaw, welche den Vorsitz im Frauenrat des Nationalen Verteidigungsrats führt, läßt Mittel mit den Frauen der ärmeren Klassen. Diese, so meint sie, sollten nicht von den Rücksichten betroffen des Sparen von Rahrmitteln getroffen werden. „Eßt genug und gebt Euren Kindern Nahrung genug“, sagt Frau Dr. Shaw, „denn es ist heute bei weitem das wichtigste für Amerikaner, daß sie physisch, moralisch und intellektuell normal bleiben.“

Ein wertvoller, vernünftiger Ratsschlag. Aber derselbe kommt ungefähr in die nämliche Kategorie wie die Korffrist des Kruges, welcher einer armen, halbberühmten Frau erklärte, sie müsse ein Gubn essen und guten Rotwein trinken, um wieder zu Kräften zu kommen. Die Presse von Nahrungsmitteln sind, wie Stanley S. Hoje, Statistiker des Bureaus für Auswärtigen Handel, konstatiert, um 50 bis 250 Prozent gestiegen, infolge der enormen Ausfuhr, und Kartoffeln, die Nahrung des Volkes, steht mit dem höchsten Prozentsatz an der Spitze. Da ist es leicht gesagt: „Eßt und gebt Euren Kindern genug zu essen.“ Die Preise für die einfachsten Nahrungsmittel sind fast unerträglich. Wir können nur hoffen, daß die Nahrungsmittel-Kontroll-Behörde so prompt wie möglich polizieren möge, und daß Herr Hoover, als Administrator, Mittel und Wege finden wird, um dem Hunger zu steuern.

Truppentransport in großem Stil möglich!

Kopenhagen, 6. August. — Generalmajor Neumanhus, einer der höchsten pensionierten Offiziere in der dänischen Armee, schreibt in der „National Tidende“, daß Kaiser Michaelis in seiner Rede vor dem Reichstag die Sache zu leicht genommen habe, wenn er Amerikas Teilnahme am Kriege in Anbetracht des Mangels an Lonnage als einen unbedeutenden Faktor bezeichnete. Wie der Schreiber ausführt, belegen die Vereinigten Staaten gegenwärtig ein einziges Jahr eine beträchtliche Truppenmacht samt Proviant zu transportieren.

RUSSIA 1917—FRANCE 1791.

INTERESTING PARALLELS GLEANED FROM THE FRENCH AND RUSSIAN REVOLUTIONS.

Let the student of current history go back over the period in the French revolution between 1791 and 1795 and he will find parallels that both tartle and fascinate.

First take Czar Nicholas and King Louis XVI. Both the weakest of their line. The eighteenth century was a trifle more patient with the vacillating and treasonable monarch than was the twentieth, for the latter had examples of republican government to guide and inspire it. From the news of the day Nicholas is as fearful of his head as was Louis after his return from the flight to Varennes.

In the early days of the revolution it was said of the Russians by a Russian: „We have tasted of the wine of liberty and it has intoxicated us.“ Hazen, in his admirable review of the French revolution, says: „The new wine (liberty), which was decidedly heady, was fermenting dangerously in their brains.“ The reaction against economic conditions was the first and most violent phase of the French revolution and destroyed almost overnight the feudal system, and then passed on to butchery and political debauchery. The extreme socialism of the Russian revolution is a

much gentler rule than that adopted by the French leaders of the Commune.

The reign of terror in Petrograd, like that in Paris, has produced its „committee of public safety.“ Kerensky, except in his hold on the people and capacity for enormous exertion, is unlike Robespierre, more like Danton. In the cry, „shoot the traitors,“ there is a suggestion that the Russian premier may have to rely on first principles of warfare and terrorism to gain respect.

French credit, says the N. Y. Evening Mail, during the revolution was nearly gone. It was resuscitated by the issue of the assignats against the church lands. Russian credit is bad, but it still has a long way to go before it reaches the degree of instability of the franc between 1791 and 1796. It is not too early, however, to consider the reserve of credit in the enormous state possessions of land in Russia, to say nothing of the railroads and state-owned monopolies. Something more than has been done is necessary to keep Russian credit off the rocks, with government uncertain and foreign enemies driving ahead with the capital as their goal.

LOOKING INTO THE FUTURE.

In connection with an article in which it analyses the recent speech of the German Chancellor Michaelis and the reply of the English Premier Lloyd George, and tries to show that these speeches, in some respect, give great encouragement to the hope that an understanding between England and Germany is not so far off, the New York Evening Mail publishes the following highly significant editorial about the close relations of England and Germany before the war, and expresses the view that these relations are apt to become closer after the restoration of peace, and thereby to redound to the common benefit of mankind:

England and Germany.

If there were ever any two nations that are needed to supplement each other, those two nations are England and Germany. It is the greatest irony of history that they are engaged in attempting mutual destruction.

Their commercial relations before the war were a clear index of the degree to which they needed each other. Each was the other's best customer, and so it will be after the war is passed. Germany built many of her industries directly upon British models. It was the Thomas Gilchrist method of treating iron ore which made it possible for the Germans to exploit the highly phosphoric ore of Lorraine and other parts of their country.

In the old days the Hamburg American Line had half its ships built in England, at the yards of Harlan & Wolff in Belfast. The British ships would then be brought home and used as the models for orders given to Vulkan or Blohm & Voss. The British, in return, sent their young men to learn glass-making, the dye industry, brewing and scientific mining in the plants and technical schools of Germany. German financiers sent their sons to serve apprenticeship in the banks of London. German tennis players, like Rahe, Froitzheim, Kreuzer, disputed the palm with the English cracks at Wimbledon, while the Mainz and Berlin rowing clubs sent crews that made even Leander extend itself at Henley and Stockholm.

A continuous stream of British municipal authorities came to view the way that the German cities were administered: How Berlin took care of its paupers and its unemployed, the Elberfeld system of outdoor relief, the harbor of Hamburg and the scarcely less marvelous Rhine river port of Mannheim. Lloyd George, the idol of the common people in England, confessed that he drew most of his

inspiration for social legislation from Germany. In Germany he found that there was little drunkenness, no poverty, little crime. Though the German national income was less than that of England, Lloyd George found out that the German system of distributing that income was so much fairer, and that, in emergencies, the German government went so much further in supplementing the workmen's income and coming to his relief, that he was better off than in more „prosperous“ Britain.

On the other hand, the liberals of Germany constantly found in the institutions of England their inspiration for political reform. They demanded a cabinet responsible to the parliament, as in England. They demanded that the issues of peace and war be taken from the Kaiser and given to the representatives of the people. The liberal elements in Germany to-day are for a reconciliation with England. The talk of the Socialists and of the Centrum leader, Erzberger, regarding the reform of the German constitution, is based upon the British model.

When this war is over Germany will never be what she was before. She will be more like England. She will have free institutions. Sacrificing none of her efficiency, none of her ideals or her practice of social justice, she will have institutions that will guarantee that her powers shall never be used by an autocracy against the welfare of the world.

England, when the war is over, will never again be the old England. She will be more like Germany. She will have a tax system in which the burden will be set upon the broad shoulders which can bear it. She will have a complete code of social legislation modeled on that of her former enemy. She will, following in Germany's lines, curb the power of the individual to exploit the weak among laborers or among buyers. Like Germany, England will recognize the vast power of great corporate combinations, infused with national purposes and national ideals, subjected to national control.

Not only is there room in the world for both England and Germany, and all the good they stand for, but there will be no progressive world unless the goods which they both have gathered together for the common benefit of mankind. Perhaps Berlin took care of its paupers and its unemployed, the Elberfeld system of outdoor relief, the harbor of Hamburg and the scarcely less marvelous Rhine river port of Mannheim. Lloyd George, the idol of the common people in England, confessed that he drew most of his

Die Stimmung in Indien.

Der Wunsch nach Unabhängigkeit von England weit verbreitet.

Ueber die Stimmung in Indien wird aus Kreisen der indischen Nationalpartei geschrieben: Es ist vielfach behauptet worden, daß ein sehr großer Prozentsatz der Bevölkerung mit der englischen Herrschaft nicht unzufrieden sei. Das ist das betannte britische Märchen. Die Engländer kamen zu Beginn des 17. Jahrhunderts nach Indien, gelangten aber erst in der Mitte des 18. Jahrhunderts zu politischer und militärischer Macht, und zwar durch Mittel, deren sich selbst anhängige Engländer schämten. Während eines ganzen Jahrhunderts zeichnete sich die Verwaltung Indiens durch die East India Company durch so viel Schrecken, Härten und Mißwirtschaft aus, daß es schließlich im Jahre 1857 zu dem großen Freiheitskampf kam, dessen sich die Engländer bis zum heutigen Tage mit Entsetzen erinnern. Der indische Nationalismus wurde damals geschaffen, aber nicht vernichtet, und in den letzten dreißig Jahren hat die Unzufriedenheit gegenüber England so tiefe und weitverbreitete Wurzeln gefaßt, daß die Führer des Volkes, durch die die Gefühle, Empfindungen und Interessen der breiten Massen zum Ausdruck gelangen, einmütig die Grausamkeiten der englischen Regierung in nicht mißgünstigsten Worten verurteilt haben und die volle Autonomie des Landes verlangen. Es ist uns hier nicht möglich, alle in der indischen Presse veröffentlichten Gespräche oder Aufsätze von Führern des indischen Nationalkongresses während der letzten dreißig Jahre, der nur die gemäßigten Partei in der indischen Politik darstellt, hier wiederzugeben; wäre es möglich, so könnten wir erdrückende Beweise anführen für den Wunsch des gesamten indischen Volkes, von der englischen Herrschaft befreit zu werden. Es ist ein Unfug, zu sagen, daß eine große Mehrheit der Bevölkerung nicht unzufrieden sei. In keinem Lande der Welt hat die Mehrzahl des Volkes überhaupt ein Recht, über das Schicksal ihres Landes mitzusprechen, und es ist vollkommen absurd, die Massen abzuschnellen, um mit der Zahl zugleich einen Ausdruck für den Volkswillen zu erhalten. Die Wünsche der Nation werden von einer vielfachen Minderheit gebildet, denkbarer, entschlossener und energischer Männer, die in organisierter Fühlung mit den Empfindungen und Leiden des Volkes leben, ausgeübt sind und bewirkt. Und diese wirksame Minderheit in Indien, die die einzige Macht ist, mit der man zu rechnen hat, verlangt einmütig die Befreiung Indiens, um sich selbst zu regieren. Die Äußerungen Amlicia Charan Mazumdar, des Präsidenten des indischen Nationalkongresses, und Mohammed Ali Jinnah, des Präsidenten der All-Indian Muslim League, bei dem im letzten Dezember in Lucknow abgehaltenen Versammlungen zeigen, wie ernst es den gebildeten Indern und durch sie und mit ihnen auch den Ungebildeten mit der Forderung „Indien für die Indier“ ist, um das Land von weiteren Entwürdigungen durch britische Hände zu retten.

Man hat darauf hingewiesen, daß, wenn die Indier sich vom britischen Joch befreien wollten, sie jetzt während der letzten zweieinhalb Jahre die volle Möglichkeit gehabt hätten. Ihre Unfähigkeit, das Joch abzuschnellen, ist aber kein Beweis dafür, daß der Wunsch dazu nicht allgemein vorhanden ist. Revolutionen sind heute nicht mehr so leicht, als vor hunderten Jahren. Außerdem hat England die gesamte Bevölkerung in den Jahren zwischen 1858 und 1881 entwauffnet und dadurch einen bewaffneten Aufstand größten Stiles außerordentlich schwierig gemacht. Es ist auch nicht richtig, in unfern Tagen von einem Lande zu verlangen, daß es sich ohne Hilfe von fremden Joch befreien sollte. Weder Indien noch die Balkanstaaten haben sich selbständig befreit. Polen und Irland haben verschiedentlich vergebens Aufstände zu machen versucht, und heute hängt ihre Freiheit von der gegenseitigen Rivalität der Großmächte ab. So ist es auch mit Indien. Indien muß auf seine Selbsteinwirkung warten, die mit einer für seine Zwecke günstigen Entwicklung des europäischen Krieges auf engste zusammenhängt. Seine Führer sind früher werden England so lange mit Geld verlorzen und ihre „Loyalität“ beteuern, als dieser Glaube berechtigt ist. Eines Tages aber, wenn Englands Macht gebrochen sein wird und sie sich dieser Tatsache versichert haben, dann werden sich in Indien Dinge vollziehen, die endlich den Euh „Indische Loyalität für England“ aus dem Wörterbuch des europäischen Journalisten verschwinden machen werden.

— Zweibeutig. Ich habe gegen meinen Rat mit Montanitarben unterzogen lassen. . . .